Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 8.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.

Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.
In den Filialen für Ins.-Annahme:
Otto Klemm's Sortim. (Alfred Hahn),
Universitätsstraße 1,
Louis Lösche,
Katharinenstr. 23 part. und Königsplatz 7,
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt
und
Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Abonnementspreis
vierteljährlich 4½ Mk.
incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Jede einzelne Nummer 30 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
(in Tageblatt-Format gefalzt)
ohne Postbeförderung 60 Mk.
mit Postbeförderung 70 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut uns. Preisverzeichniß.
Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherem Tarif.

Reclamen
unter dem Redactionsstrich die 4gespalt. Zeile 50 Pf., vor den Familiennachrichten die 6gespaltene Zeile 40 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 89. **Sonntag** den 30. März 1890. **84. Jahrgang.**

Zur gefälligen Beachtung.

Um bei Ausgabe der Legitimationskarten zum Abholen des Tageblattes beim Quartalwechsel den Andrang möglichst zu beschränken, haben wir die Einrichtung getroffen, daß

Karte und Rechnung bereits von heute an

in Empfang genommen werden können.

Expedition des Leipziger Tageblattes.

Amtliche Bekanntmachungen.

Oeffentliche Sitzung der Stadtverordneten

Mittwoch, den 2. April 1890,
Abends 6½ Uhr,
im Saale der vormaligen Handelsbörse am Naschmarkte.

Tagesordnung:

I. Bericht des Stiftungs-, Bau- und Oekonomieausschusses über Verkauf des Bauplatzes Nr. 7 des Parcellirungsplanes für den Baublock II. des südwestlichen Bebauungsplanes.

II. Bericht des Oekonomieausschusses über: a. Conto 12, „Anlagen“ des Haushaltplanes für 1890 in Verbindung mit der Vorlage, betr. Erhöhung der Pos. 26 „außerordentlich“ des Conto 12; b. Rathsmittheilungen wegen Umgestaltung der zwischen Johannapark und verlängerter Marschnerstraße ꝛc. gelegenen Wiesen, die Eingabe wegen Regulirung der Wiesen zwischen der Bismarck- und Carl Tauchnitzstraße, sowie die Vorlage, betr. Ausführung von Schleusenanlagen ꝛc. auf den Wiesen zwischen Bismarckstraße und Scheibenholze.

III. Bericht des Verfassungs- und Finanzausschusses über Errichtung einer städtischen Schlachtvieh-Versicherungsanstalt am städtischen Vieh- und Schlachthofe.

IV. Bericht des Finanz- und Bauausschusses über ein Erweiterungsproject für die Talgschmelze auf dem Vieh- und Schlachthofe, Aufstellung einer Kühlanlage ꝛc. für dieselbe und Anschaffung eines Dampfkessels.

V. Bericht des Finanzausschusses über a. die Haushaltpläne der Kirchencasse und der Kirchengemeindecasse der Parochie Thonberg-Neureudnitz; b. den Haushaltplan der Kirchenärar-, Friedhofs- und Kirchengemeindecasse der Parochie Gohlis; c. die Haushaltpläne der evangelisch-lutherischen Kirchengemeinden Alt-Leipzig auf das Jahr 1890.

VI. Bericht des Bau-, Oekonomie- und Finanzausschusses über: Ueberlassung eines Arealstreifens an die Kirchengemeinde zu St. Marcus.

VII. Bericht des Bau-, Oekonomie-, Finanz- und Stiftungs-Ausschusses über: Herstellung von Tracten der Straßen P, Q, R und des Täubchenweges in Leipzig-Reudnitz, Verbreiterung des Gerichtsweges und Arealaustausches.

Bekanntmachung.

Für Ostern d. J. sind 4 Ausstattungsspenden im Betrage von 77 ℳ 25 ₰, 67 ℳ 58 ₰, 40 ℳ 64 ₰ und 40 ℳ 56 ₰ an hiesige arme unbescholtene Frauen, welche sich in der Zeit zwischen Ostern vorigen und Ostern dieses Jahres verheirathet haben, von uns zu vergeben. Die Spende von 40 ℳ 64 ₰ kann nur an ehelich Geborene, die von 40 ℳ 56 ₰ nur an hiesige Bürgerstöchter vergeben werden. Gesuche sind unter Beifügung der Eheschließungsbescheinigung, eines von zwei hiesigen Bürgern bei Bürgerpflicht ausgestellten Zeugnisses über die Unbescholtenheit und Bedürftigkeit der Bewerberin und einer Geburtsbescheinigung bis zum 5. April d. J. auf dem Rathhause, 1. Obergeschoß, Zimmer 11, einzureichen.

Leipzig, den 13. März 1890.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Tröndlin. Wagner.

Bekanntmachung.

Die Erneuerung der Fußwege in der Dufourstraße soll an einen Unternehmer in Accord verdungen werden.

Die Bedingungen für diese Arbeiten liegen in unserer Tiefbau-Verwaltung, Rathhaus, 2. Stockwerk, Zimmer Nr. 14, aus und können daselbst eingesehen oder gegen Entrichtung der Gebühren entnommen werden.

Bezügliche Angebote sind versiegelt und mit der Aufschrift „**Erneuerung der Fußwege in der Dufourstraße**“ versehen ebendaselbst und zwar bis zum 12. April 1890 Nachmittags 5 Uhr einzureichen.

Der Rath behält sich das Recht vor, sämmtliche Angebote abzulehnen.

Leipzig, den 27. März 1890.

Des Raths der Stadt Leipzig
Straßenbau-Deputation.
Ib. 1443.

Bekanntmachung.

Für den Neubau der städtischen Gewerbeschule an der Grassi- und Wächterstraße zu Leipzig sollen:

1) die **Glaser-Arbeiten,**
2) die **Tischler-Arbeiten,**
3) die **Schlosser-Arbeiten**

vergeben werden.

Die bezüglichen Unterlagen über die angeführten Arbeiten und Lieferungen sind in unserem Baubureau, in der Grassi- und Wächterstraße, gegen Zahlung von 2 ℳ zu entnehmen und bis zum 15. April cr. Nachmittag 5 Uhr in unserem Bauamte, Hochbau-Verwaltung, Rathhaus II. Obergeschoß, Zimmer Nr. 5, versiegelt und mit entsprechender Aufschrift versehen, wieder abzugeben.

Die Auswahl unter den Bewerbern, sowie die Ablehnung sämmtlicher Gebote behalten wir uns vor.

Leipzig, den 27. März 1890.

Des Raths der Stadt Leipzig
Bau-Deputation.
Ib 1534.

Ritterguts-Verpachtung.

Das dem hiesigen Johannishospital gehörige, ca. 8 km vom Marktplatz in Leipzig entfernte

Rittergut Plaußig

nebst den damit wirthschaftlich vereinten bäuerlichen Grundstücken soll mit einem Areale von

3 Acker (sächs.)	— ☐R.	=	1 ha	68 a	Gebäuden und Hofraum,
10 „	150 „	=	5 „	81 „	Gärten, Park und Weidenanlagen,
406 „	— „	=	224 „	69 „	Feldern,
50 „	— „	=	27 „	67 „	Wiesen,
2 „	— „	=	1 „	11 „	Teich,
— „	150 „	=	— „	26 „	Feldwegen

472 Acker (sächs.) — ☐R. = 261 ha 22 a zusammen auf die Zeit

vom 1. Juli 1890 bis 30. Juni 1908,

also auf **18 Jahre,** verpachtet werden.

Die im vorzüglichsten Dünger- und Culturzustande befindlichen Felder bestehen in der Hauptsache aus Zuckerrübenboden, die Wiesen aus besten Auenwiesen. Die Gebäude sind in guter Beschaffenheit. Vollständige Brennerei mit über 50 000 l Contingentspiritus ist damit verbunden. Inventar im Werthe von ca. 81 000 ℳ ist käuflich zu übernehmen.

Wir laden Pachtliebhaber, welche ein verfügbares Vermögen von 140 000 ℳ nachweisen können, ein, Pachtgebote bei uns einzureichen.

Die Verpachtungsbedingungen können von unserem Oekonomie-Inspector, Herrn **Eckstein,** Johannisplatz 9 hier, bezogen werden. Wegen sonstiger Auskunft bez. Besichtigung des Ritterguts bitten wir, sich ebenfalls an den Genannten zu wenden.

Leipzig, den 19. März 1890.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Tröndlin. Kretschmer, AT.

Gesucht

wird der am 21. December 1855 geborene Handarbeiter

Gustav Adolf Flohr,

welcher zur Fürsorge für seine hier in öffentlicher Waisenpflege befindlichen Kinder anzuhalten ist.

Leipzig, am 25. März 1890.

Der Rath der Stadt Leipzig,
Armen-Amt.
A. R. IVa 83d 90. Ludwig-Wolf. Hr.

Der Inhaber des abhanden gekommenen Sparbuchs Ser. I Nr. 13,887 wird hierdurch aufgefordert, sich damit binnen drei Monaten und längstens am 30. Juni 1890 zur Nachweisung seines Rechtes, bez. zum Zweck der Rückgabe gegen Belohnung bei unterzeichneter Anstalt zu melden, widrigenfalls der Sparcassenordnung gemäß dem angemeldeten Verlustträger nach erfolgter Beeidigung seiner Anzeige an Stelle des abhanden gekommenen Buches, welches alsdann für ungiltig zu erklären ist, ein neues Buch ausgestellt werden wird.

Leipzig, den 28. März 1890.

Die Verwaltung des Leihhauses und der Sparcasse.

Oeffentliche Sitzung der Handelskammer

Dienstag, den 1. April 1890, Nachmittags 6 Uhr in deren Sitzungssaale, Neue Börse, Tr. A, I.

Tagesordnung:

1. Registrande.
2. Berichte a) des Finanz-Ausschusses, b) des Kramerstiftungs-Ausschusses über die **Rechnungen für das Jahr 1890.**
3. Berichte des Handelsgesetzgebungs-Ausschusses über a) die Vorstellung des Gewerbevereins zu **Jena,** das **Waarenhaus für deutsche Beamte** betr.; b) die Eingabe der Handelskammer zu **Göttingen,** die **Gründung von Actiengesellschaften** betr.; c) einen **Handelsgebrauch im Malzgeschäft.**
4. Bericht des Bank-, Münz- und Börsen-Ausschusses über die Ministerial-Vorlage, die Ausprägung einer größeren Menge von **Scheidemünzen** betr.

Hierauf nicht-öffentliche Sitzung.

I. Städtische Fortbildungsschule für Knaben.

(III. Bürgerschule, Johannisplatz 6—7.)

Die An- und **Abmeldungen** werden in der Zeit von Montag den 14. bis Donnerstag den 17. April entgegengenommen: **Vormittags von 10—12 Uhr haben sich die aus hiesigen Schulen Abgegangenen, Nachmittags von 4—6 Uhr die von auswärts Kommenden zu melden.**

Schüler, welche nicht im Bezirke der I. Fortbildungsschule wohnen, können nur dann Aufnahme finden, wenn sie von der Direction des **Bezirkes,** zu dem ihre Wohnung gehört, die schriftliche Genehmigung zum Besuche der I. Fortbildungsschule beibringen.

E. Köchler, Director.

Zweite Städtische Fortbildungsschule für Knaben.

Die Anmeldung neu eintretender Schüler findet Montag, den 14. April, bis Donnerstag, den 17. April d. Js., Vormittags von 10—1 Uhr und Nachmittags von 4—6 Uhr statt, und zwar am 14. und 15. April solcher aus hiesigen Schulen, am 16. und 17. April der von auswärts kommenden.

Auch hat zur selben Zeit **die Abmeldung** der **in andere Leipziger Schulen übertretenden oder nach auswärts verziehenden Schüler** zu erfolgen.

Leipzig, den 30. März 1890. **Dr. Stoerl.**

Königliche Baugewerkenschule.

(Grassistraße, gegenüber dem Conservatorium.)

Zur Ausstellung der Schülerarbeiten, welche
Dienstag, den 1. April, von 9—5 Uhr,
Mittwoch, den 2. April, von 9—11 und 12—1 Uhr
stattfindet, sowie zur **öffentlichen Entlassung der Schüler**
Mittwoch, den 2. April, 11—12 Uhr,
werden **Eltern und Vormünder,** sowie **Gönner und Freunde** der Anstalt hierdurch ergebenst eingeladen.

Das Lehrercollegium.

Die allgemeine Ausstellung

von Schülerzeichnungen der städtischen Schulen:

Thomas-, Nicolai- und Realgymnasium, Realschule, höhere Schule für Mädchen, Fortbildungsschulen für Knaben und Mädchen, sämmtliche Bürger- und Bezirksschulen, sowie der Vereinigten Freischule findet statt in den Räumen der I. Bürgerschule für Knaben, 1 Treppe, geöffnet Palmsonntag von 2—6 Uhr, Montag und Dienstag von früh 9—6 Uhr Nachmittags. Kinder haben nur in Begleitung ihrer Eltern Zutritt.

Fedor Flinzer,
städt. Zeicheninspector.

Sonnabend, den 5. April, Vormittags 10 Uhr soll im Hofe des alten Johannishospitales **1 Marstallpferd (Fuchswallach)** gegen Baarzahlung an den Meistbietenden verkauft werden.

Die Zustände in Rußland.

Rußlands Neigung, sich in die Angelegenheiten anderer Mächte zu mischen und dadurch den europäischen Frieden zu gefährden, ist glücklicherweise schon seit längerer Zeit ruhigeren und friedlicheren Anschauungen gewichen, wir haben zwar nicht großes Vertrauen zu den Absichten Rußlands, aber aus allen Anzeichen, welche in die Oeffentlichkeit dringen, läßt sich entnehmen, daß Rußland vorläufig nicht daran denkt, den europäischen Frieden zu stören. Um so schlimmer sind aber die Zustände im Innern Rußlands, und diese erscheinen um so gefährlicher, weil die Regierung diesen Zuständen gegenüber einen Grad von Sorglosigkeit zeigt, welcher mit den Anforderungen der Zeit in schroffstem Widerspruch steht. Man kann sagen, daß Rußland heute in den Zustand dumpfer Theilnahmlosigkeit an allem versunken ist, was sonst das öffentliche Interesse anzuregen und zu fesseln geeignet ist. Die Regierung huldigt dem Grundsatz der Unterdrückung jeder selbstständigen Regung nach Fortentwickelung und Verbesserung der staatlichen Einrichtungen, die Rückkehr zum Absolutismus in seiner schroffsten Form erscheint als das einzige und Hauptziel der ganzen Regierungsthätigkeit. Nach der gegenwärtig maßgebenden inneren Politik Rußlands ist dort das Ideal erreicht, wenn Niemand mehr eine eigene Meinung zu äußern wagt.

Wir haben uns stets zu der Auffassung bekannt, daß Neuerungen in Rußland nicht überstürzt werden dürfen und daß bei der weiten Ausdehnung des Reiches über halbcivilisirte und zum Theil noch im Naturzustande lebende Völker und bei der außerordentlichen Verschiedenartigkeit der Bestandtheile der Bevölkerung der Uebergang vom absoluten zum Verfassungsstaat nur schrittweise geschehen kann, wir haben auch mit unserer Ueberzeugung nicht zurückgehalten, daß die Aufhebung der Leibeigenschaft, wie sie geschehen, mehr Nachtheile als Vortheile mit sich gebracht hat. Damit ist aber nicht gesagt, daß schrankenloser Despotismus die den Verhältnissen angemessene Regierungsform in Rußland sei. Die politische Erziehung Rußlands muß vielmehr in einem den Verhältnissen angepaßten Zeitmaße geschehen und von Stufe zu Stufe fortschreiten, statt wie unter Alexander II. durch Uebertragung der Einrichtungen civilisirter Staaten auf ein noch in der Kindheit befindliches Staatswesen die natürliche Entwickelung zu überstürzen und zu gefährden. Schwurgerichte in Rußland führen einfach zur Aufhebung der Strafgesetze, während die Civilgerichtsbarkeit nur eine leere Form ist, hinter welcher sich Willkür und Laune, wenn nicht gar Gewaltthätigkeit verbergen.

Die Ermordung Alexander's II. hat Rußland in seiner Entwickelung um ein Menschenalter zurückgebracht, die Schandthat der Nihilisten hat genau das Gegentheil von dem erreicht, was sie bezweckte. Die Dynastie ist dadurch nur in ihrer Ueberzeugung bestärkt worden, daß sie keins ihrer Vorrechte aufopfern dürfe, wenn sie nicht der hereinbrechenden Fluth des Umsturzes Thür und Thor öffnen wolle. Unter der Regierung Alexander's II. herrschte in Rußland eine milde, dem Fortschritt zugethane Verwaltung, es war alles dazu vorbereitet, Rußland Dasjenige zu geben, was die Nihilisten jetzt gebieterisch fordern. Die Frau, welche neulich an den Zaren einen offenen Brief richtete, preist die Regierungszeit Alexander's II. als eine Zeit der Reformen und der Hoffnung gewährenden Ausblicke auf die Zukunft, sie legt seinem Nachfolger ans Herz, daß er zu den verlassenen Wegen seines Vaters zurückkehren möge, damit er die berechtigten Wünsche Rußlands nicht länger unerfüllt lasse. Dieser Brief bestätigt also lediglich die Thatsache, daß Alexander II. für seine menschenfreundlichen Absichten verfolgt und ermordet wurde und daß demgemäß der Nachfolger wenig Neigung empfinden konnte, die Wege seines ermordeten Vaters weiter zu wandeln.

Die nihilistische Bewegung hat unter Alexander III. Fortschritte gemacht, wie die zahlreichen Entdeckungen von Verschwörungsherden während seiner Regierung zeigen, aber die Unterdrückungsmaßregeln haben sich stärker erwiesen als die auf Umsturz des Bestehenden bedachten Kreise, die Nihilisten wagen es nicht, aus ihrer Verborgenheit hervorzutreten, und wenn sie es thaten, so geschah es vergeblich. Dadurch ist die Regierung in den Zustand einer Sicherheit versetzt worden, die in Wahrheit nicht vorhanden ist, denn die Unzufriedenheit mit dem Bestehenden tritt bei jeder Gelegenheit mächtig hervor, besonders unter der studirenden Jugend. Die Unbotmäßigkeit der Studenten gegen die Rectoren ist seit einer Reihe von Jahren in Rußland chronisch, und zeitweise Schließung der Universitäten, die Verhaftung zahlreicher Studenten und strenge Bestrafung derselben hat ihren Zweck verfehlt. Die jüngst von der landwirthschaftlichen Petrowski-Akademie in Moskau ausgegangene Bewegung hat sich bereits nach St. Petersburg fortgepflanzt, wo die Studenten sich mit ihren Commilitonen in Moskau solidarisch erklärt haben, und es ist mit Sicherheit zu erwarten, daß auch die übrigen russischen Hochschulen in die Bewegung mit hineingezogen werden. Diese Störungen des akademischen Studiums in Rußland sind von den schwersten Nachtheilen für die Gesammtentwickelung begleitet, und wenn das so fortgeht, dann wird es bald genug an Kräften fehlen, um den Nachwuchs für die höheren Staatsämter zu stellen. Und wenn der Ersatz da ist, so ist er von revolutionärem Geiste beseelt, und die jungen Aspiranten für die höheren Staatsämter treten mit Anschauungen in ihre Laufbahn ein, welche mit den an maßgebender Stelle herrschenden im unlösbaren Widerspruche stehen.

Die Deportationen nach Sibirien haben einen so grausamen Charakter angenommen, daß bereits die Aufmerksamkeit des Auslandes dadurch erregt worden ist. In England hat das Parlament sein Mißfallen darüber geäußert, so daß die russische Regierung nicht umhin konnte, der Sache ihre Aufmerksamkeit zuzuwenden. Die unmenschliche Ausführung der von obenher ergangenen Befehle ist aber nur eine Folge des Systems, das die schwersten Bedenken hervorruft. Die Rechtspflege wird zum Possenspiel, wenn trotz erfolgter Freisprechung die sogenannte Verschickung im Verwaltungswege beschlossen und ins Werk gesetzt werden kann. Und aus diesem unhaltbaren System ergeben sich auch die Auswüchse, wie sie Beamte darstellen, welche als alleinige Richtschnur ihrer Handlungsweise ihren persönlichen Vortheil ansehen. In dieser Beziehung ist Rußland in die schlimmsten Zeiten seiner despotischen Vergangenheit zurückgesunken, es macht sich eine persönliche Willkür der Machthaber, ein Grad von Habsucht und Verachtung aller Forderungen der Menschlichkeit breit, der nicht ohne die schlimmsten Folgen bleiben kann. Dem Vernehmen nach ist die englische Kundgebung an höchster Stelle nicht ohne Eindruck geblieben, es sind Untersuchungen angeordnet worden, die hoffentlich nicht ergebnißlos bleiben werden. Auch die Zustände in den Ostseeprovinzen spotten jeder Beschreibung, durch die Russificirung um jeden Preis ist ein vollständiger Stillstand aller behördlichen Thätigkeit eingetreten, die Gerichte stehen still, die Verwaltung bleibt mit Mühe in schleppendem Gang, das Bildungswesen an der früher deutschen Universität und in den Schulen liegt darnieder, weil Lehrer und Schüler sich gegenseitig nicht verstehen. Das alles sind Anzeichen einer drohenden Katastrophe, deren Bedeutung nicht verkannt werden darf. •

Preußischer Landtag.

** **Berlin,** 28. März. Das **Abgeordnetenhaus** ist heute in die Ferien gegangen, um am 15. April sich wieder zu versammeln. Heute hielt es noch eine sehr kurze, kaum eine Stunde während Plenarsitzung ab, in welcher eine große Zahl von Nummern der Tagesordnung erledigt wurde. Von allgemeiner Bedeutung waren nur die Anträge auf Regelung des Beginnes und des Endes der Schulpflicht, sowie wegen Bestrafung der Schulversäumnisse. Doch da sich die Ferienstimmung geltend machte und die Bänke des Hauses nur äußerst schwach besetzt waren, wurde selbst bei diesen wichtigen Vorschlägen jede grundsätzliche Erörterung vermieden und debattelos Ueberweisung an die Unterrichtscommission beschlossen. Dagegen verzichtete man für heute auf die Berathung des Antrages über die Einführung eines Ausnahmetarifs zur Erleichterung des Versandtes von Getreide, Malz und Mühlenfabrikaten nach den westlichen Provinzen.

Bemerkenswerth ist, daß von den Petitionen, welche die Commission zur Erörterung im Plenum für nicht geeignet erachtet hat, die Petition aus Leipzig — vom „Deutschen Frauenverein“ um Zulassung der Frauen zum medicinischen und Lehrer-Studium — an die Unterrichtscommission zurückgegeben wurde.

Wenn wir die Summe dessen ziehen, was das Abgeordnetenhaus in 2½ Monaten — es ist seit dem 15. Januar versammelt gewesen — geleistet hat, so ist es herzlich wenig, und offen sprechen es Mitglieder aller Parteien aus, daß man auf keiner Seite befriedigt ist. Die Hauptaufgabe, die Fertigstellung des Budgets, ist nicht gelöst worden, und es ist unbestreitbar, daß daran lediglich das Abgeordnetenhaus selbst die Schuld trägt. Von anderen bedeutenderen Gesetzentwürfen sind gar keine in Frage gewesen, weder hat die Regierung solche eingebracht, noch die Parteien. Das Wildschadengesetz, welches unverändert wie im vorigen Jahre wieder eingegangen ist, ist in der Commission mit vielem Fleiße berathen worden, doch es ist wiederum keine Aussicht, daß etwas zu Stande kommt; ebenso steht es mit dem wichtigen Gesetz über die Unterhaltung der schlesischen Gebirgsflüsse, welches endgiltig als gescheitert anzusehen ist, nachdem es in der Commission abgelehnt wurde.

Das Secundairbahngesetz und die Eisenbahnverstaatlichungsvorlage werden angenommen werden, außerdem haben einige Vorlagen von lediglich localer Bedeutung alle drei Lesungen passirt und zum Theil auch die Zustimmung des Herrenhauses gefunden.

Wie ist es nun zu erklären, daß das Abgeordnetenhaus in der langen Zeit, in welcher es in keiner Weise durch ein gleichzeitiges Tagen des Reichstags behindert war, so wenig zu Stande gebracht hat? Es ist allerdings richtig, daß am 20. Februar die Wahlen zum Reichstag stattfanden und daß wegen dieser Wahlen eine vierzehntägige Vertagung stattgefunden hat, aber andererseits bleibt doch zu berücksichtigen, daß noch niemals ein Etat so wenig Schwierigkeiten geboten hat. Es sind auch im gesammten Etat von fast 1600 Mill. Mark kaum 60 000 ℳ gestrichen worden. Die Ursache der geringen Leistungen liegt in der „Redewuth“, welcher hier gar zu sehr freier Lauf gelassen wird. Das Haus und die größere Zahl der Redner halten es für angezeigt, über alles Mögliche zu sprechen, nur nicht über die Gegenstände der Tagesordnung, und die Anwendung der Geschäftsordnung ist hier eine viel zu nachgiebige und lässige. Hier wurden von den „Freisinnigen“ und Ultramontanen die Wahlreden eingeübt, und von der anderen Seite blieb man die Antwort nicht schuldig, hier wurden Gegenstände ausführlich erörtert, welche nicht vor den Landtag, sondern in den Reichstag gehören, hier aber versuchte auch Herr Windthorst einen neuen Culturkampf in Scene zu setzen, obgleich ihm tagtäglich nachgewiesen wurde, daß auch nicht der geringste Grund zu einer berechtigten Beschwerde vorhanden sei.

„Schade um die Diäten!“ so hörten wir vielfach sagen, und in der That ist der Eindruck unvermeidlich, daß nicht wenige der Herren Volksvertreter sich kürzer fassen würden, wenn sie nicht für die Zeit ihres Berliner Vergnügens so gut entschädigt würden. Einen solchen Eindruck hat der Reichstag niemals gemacht, und wenn die Geschäftsordnung nicht straffer gehandhabt wird, ist die Befürchtung gerechtfertigt, daß das preußische Abgeordnetenhaus an Ansehen in den Augen der großen Volksmassen verlieren wird.

NLC. **Berlin,** 28. März. Die in den letzten Tagen stattgehabten kirchenpolitischen Verhandlungen im Abgeordnetenhause müssen bei jedem Mann mit gerechtem Urtheilsvermögen den Eindruck hinterlassen haben, daß zu begründeten Klagen des katholischen Volkes in Preußen über Vernachlässigung oder Zurücksetzung seiner kirchlichen Interessen kein Stoff mehr vorhanden ist. Von der clericalen Presse war man darauf vorbereitet worden, daß wiederum eine Menge schwerwiegender Klagen vorgebracht werden würden. Aber was wirklich vorgebracht wurde, war über alle Erwartung dürftig, und nur maßlos übertriebene oder geradezu falsche Behauptungen der Centrumsredner konnten den Anschein erwecken, daß überhaupt noch haltbare Beschwerden vorhanden sind. Was über die Handhabung des Einspruchsrechtes gegen geistliche Ernennungen, über Vernachlässigung des katholischen Volksschulwesens, über Zurücksetzung der katholischen Geistlichen in der Schulinspection, über Verletzung der Parität u. dergl. vorgebracht worden, wurde vom Cultusminister mit so handgreiflichen Thatsachen zurückgewiesen, daß das Centrum selbst darauf nur noch mit nichtssagenden Redensarten zu erwidern wußte. Herr Windthorst hat erklärt, sich angesichts der kritischen politischen Gesammtlage eine gewisse Zurückhaltung aufzuerlegen; diese Zurückhaltung entsprang aber offenbar weniger jener Rücksicht als dem Mangel an Stoff zu irgendwie wirksamen und begründeten Klagen. Wir werden ja sehen, ob bei der dritten Lesung des Etats, nachdem inzwischen gewisse ultramontane Hoffnungen eine starke Erschütterung erfahren haben, der Centrumsführer den [illegible] Streit wirksamer [illegible] im Stande sein wird. Je bescheidener das Centrum mit seinen Forderungen hervortritt, um so lieber kann es uns sein. Dann muß es